Die Angst vor dem Fremden : von der Zwiespältigkeit der Linken im Umgang mit AusländerInnen

Autor(en): **Schmid, Peter A.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **72 (1994)**

Heft 1

PDF erstellt am: **03.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-341070

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die Angst vor dem Fremden

Von der Zwiespältigkeit der Linken im Umgang mit AusländerInnen

Nicht nur die Kampagne gegen „gewalttätige Asylbewerber" und die damit zusammenhängende Verschärfung des Ausländerrechtes zeigen, dass in unserem Land der gesellschaftliche Umgang mit den Fremden erneut in eine kritische Phase getreten ist. Auch die Abstimmungsresultate der drei Initiativen zur Erweiterung der bürgerlichen Rechte der AusländerInnen (in Zürich und Genf) belegen dies. Eine Analyse der Resultate macht deutlich, dass der oder die Fremde nicht nur im bürgerlichen Lager, sondern auch bei den „Linken" diffuse Ängste und Abwehrhaltungen erzeugt. So hat die Initiative im Kanton Zürich, die den Gemeinden die Möglichkeit eröffnen wollte, den seit fünf Jahren niedergelassenen AusländerInnen das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene einzuräumen, selbst in traditionell linken Kreisen nur wenig Zustimmung gefunden. Im Zürcher Stadtkreis 5, in dem die linken Parteien ca. 70 Prozent Wähleranteil besitzen, kam zum Beispiel nur gerade ein Ja-Anteil von 45 Prozent zustande. Dieses Resultat kann teilweise durch die Sozialstruktur erklärt werden, denn sozial schlechter gestellte SchweizerInnen nehmen AusländerInnen primär als Konkurrenten um den Arbeitsplatz, die günstige Wohnung oder um den schon begrenzten Lebensraum wahr. Dies genügt jedoch nicht, um das insgesamt schlechte Abschneiden der drei Initiativen verständlich zu machen. Es zeigt sich nämlich, dass die Forderung nach politischer Partizipation der ausländischen MitbewohnerInnen auch in eher liberalen und mittelständischen Kreisen wuchtig verworfen wurde. Auch in diesen Kreisen konnte das Potential der Linken nicht für die Initiative gewonnen werden.

Peter A. Schmid

Für dieses schlechte Ergebnis sehe ich zwei mögliche Erklärungen. Auf der einen Seite sind offensichtlich auch linke Kreise der Meinung, das „Schweizersein", das sich durch die Möglichkeit der politischen Mitsprache charakterisiert, sei ein derart hohes Gut, dass es nicht einfach mit AusländerInnen geteilt werden kann. Auf der anderen Seite lässt sich aber eine diffuse Angst vor den AusländerInnen auch bei Linken finden. Diese Angst, die sich vor allem aus dem Zweifel an der politischen Loyalität der AusländerInnen speist, ist meines Erachtens der Hauptgrund für die deutliche Verwerfung der Initiativen zum Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen. Wie lässt sich diese Angst erklären?

Offensichtlich sind auch linke Kreise der Meinung, das „Schweizersein" sei ein derart hohes Gut, dass es nicht einfach mit AusländerInnen geteilt werden kann.

Typisierung des Fremden

Beim Versuch einer Typisierung des Fremden in der Gesellschaft[1] zeigt es sich, dass das Fremde nicht an sich thematisch werden kann, sondern immer nur in seiner Relation zum Eigenen. Das Fremde dient als identitätsstiftendes Moment der Gesellschaft. In der Abgrenzung vom Fremden wird das Eigene bestimmt. Nur in Hinblick auf das Nicht-Gleiche wird Gleiches als Gleiches wahrgenommen. Das Fremde ist

[1] Vgl. dazu Kurt Imhof, Zur Semantik des Fremden, in: Halter/Kneubühler/Münk (Hrsg.), Schweiz und Europa - Mehr als ein Wirtschaftsraum, Zürich 1992.

die Negativfolie, auf der sich das positiv eigene Selbst definieren kann.
Das Konzept der Definition des Eigenen durch die Abgrenzung zum Fremden lässt sich, wie der Basler Historiker Jakob Tanner kürzlich gezeigt hat, sehr deutlich am Versuch der Festigung der nationalen Identität der Schweiz in den letzten hundert Jahren verfolgen.[2] Diese Identitätsfindung hat zwei Stossrichtungen. Einerseits die Abgrenzung gegen die fremden Nationen und die damit einhergehende Erfindung von heroischen National- und Befreiungsmythen, andererseits aber auch die innerstaatliche Abgrenzung gegen das Fremde unter dem Schlagwort der „Überfremdung". Dieser Abgrenzungsdiskurs hat nicht immer dieselbe Intensität, sondern verläuft in Phasen. In Zeiten der gesellschaftlichen Stabilität und Prosperität ist das Fremde zumeist kein Problem, da auch das Eigene und damit die Identität nicht gefährdet sind. Es sind die Zeiten der sozialen Krisen und des Orientierungsverlustes, die eine neue Besinnung auf das Eigene und Gesellschaftskonstitutive nötig machen.[3] In diesen Krisenphasen wird das Fremde zu einem zentralen Thema, um das Eigene neu zu bestimmen und damit die Selbstgewissheit neu zu sichern. Die Thematisierung geht zumeist einher mit einer Schuldzuweisung für die gegenwärtige Misere an die Fremden.
Die Theorie der Typisierung von fremd und eigen vermag zwar den permanenten Diskurs der „Überfremdung" zu erklären, lässt aber im Hinblick auf die oben konstatierte diffuse Angst der linken Kreise gegenüber dem Fremden einiges offen. Sie genügt insbesondere nicht, die Unsicherheit im Umgang mit und die Vorurteile gegenüber den langansässigen AusländerInnen, insbesondere jenen der 2. oder 3. Generation, vollumfänglich zu erklären. Sie vermag nicht verständlich zu machen, wieso wir diesen Fremden, die ja, da sie hier aufgewachsen sind, nur mehr potentielle Fremde sind, mit ambivalenten Gefühlen begegnen und an ihrer Loyalität gegenüber unserer gemeinsamen Lebenswelt zweifeln. Es scheint mir notwendig, diese Theorie durch Zygmunt Baumans[4] stark an Simmel[5] orientierten Reflexionen über das Fremde zu ergänzen.

Der Fremde ist weder Freund noch Feind, sondern kann beides sein und ist deshalb keines von beidem.

Ambivalenz des Fremden

Bauman geht es darum zu zeigen, dass sich das Fremde als das Ambivalente (Doppelwertige) schlechthin erweist. Um dies deutlich zu machen, greift er auf eine andere Theorie der Vergesellschaftung zurück, auf die Dichotomie (Zwiespalt) von Freund und Feind. Diese beiden Kategorien ordnen den gesellschaftlichen Raum. Sie sind die beiden Formen, in denen der andere als anderes Subjekt wahrgenommen werden kann. Freund und Feind konstituieren sich wie fremd und eigen wechselseitig, wobei auch hier festzustellen ist, dass die negative Bestimmung – der Feind – letztlich die positive – den Freund – bestimmt: die Definition des Feindes definiert den Freund.
Freund und Feind unterscheiden sich primär durch den Umgang und die moralische Verpflichtung ihnen gegenüber. Während Feinde durch den Kampf und die Abgrenzung entstehen, konstituieren sich Freunde durch die Zusammenarbeit und das Zusammenleben. Hinsichtlich der Freunde lassen sich moralische Pflichten und Verantwortung festmachen. Für das Wohlergehen der Freunde bin ich verantwortlich. Nicht so für jenes der Feinde. Ihr Wohlgehen kann kein Gegenstand meiner moralischen Pflicht und Verantwortung

[2] Jakob Tanner, Geist aus Gotthardgranit, in: WoZ Nr. 48, 3.12.93.

[3] Zu den Mustern dieser Neubesinnungen in der Schweiz vgl. Imhof/Kleger/Romano (Hrsg.), Krise und sozialer Wandel, Bd. 1. Zwischen Konflikt und Konkordanz, Zürich 1993.

[4] Zygmunt Bauman, Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit, Hamburg 1992.

[5] Georg Simmel, Der Fremde, in: Das individuelle Gesetz. Philosophische Exkurse, hrsg. von M. Landmann, Frankfurt a.M. 1968, S. 63-70.

Bild: Iris Krebs

Fast-food-Restaurand Bern: Sarmila (Sri Lanka), Murgesu (Sri Lanka), Halil (Kurdistan), Ruta (Äthiopien), Joan (USA/Schweiz), Munes (Sri Lanka).

sein. Sie stehen nicht in einem kooperativen Verhältnis zu mir und können insofern auch keinen moralischen Anspruch an mich erheben.

Bauman führt nun aus, dass sich gerade im Hinblick auf den Fremden die Dichotomie von Freund und Feind als den beiden archetypischen Formen aller Vergesellschaftung als ungenügend erweist. Der Fremde ist weder Freund noch Feind, sondern kann beides sein und ist deshalb keines von beidem. Der Fremde als Migrant, der, wie Simmel so treffend formuliert, „heute kommt und morgen bleibt"[6], vereinigt in sich Bestimmungen des Freundes und des Feindes. Als Mitglied derselben Gesellschaft kann er uns moralisch verpflichten. Als national oder religiös Fremder ist er aber potentieller Feind unserer Gesellschaft. Er ist in diesem Sinn in der gesellschaftlichen Gruppe und doch gleichzeitig auch ausserhalb von ihr. Er ist nah und doch auch fern.

Interessanterweise lässt sich diese formale Posititionierung des Fremden auch in der Befindlichkeit der AusländerInnen in der Schweiz nachweisen. Sie haben eine doppelte Identität. Während sie sich nämlich mit der lokalen Dimension der neuen Lebenswelt, den Gemeinden, ausserordentlich gut identifizieren können, bereitet ihnen dies für die nationale Ebene erhebliche Probleme.[7] Selbst AusländerInnen der zweiten Generation fühlen sich zum Beispiel sowohl als ZürcherInnen wie auch als ItalienerInnen.

Umgang mit dem Fremden

Das Fremde erweist sich als das schlechthin Unentscheidbare oder Ambivalente. Als solches stellt es ein ständiges Ärgernis für die gesellschaftliche Ordnung der „Welt" dar, da es die Vollständigkeit der Dichotomie von Freund und Feind und damit die Möglichkeit der Vergesellschaftung selbst in Frage stellt. Als nicht Festge-

[6] Simmel. a.a.O., S. 63.

[7] Pierre Centlivres u.a., Naturalisation et pluralisme culturel en Suisse: approche ethnologique (Zusammenfassung eines Teilprojekts des NFP 21), Basel 1991.

stellter bleibt der Fremde potentiell ausserhalb der Gesellschaft und bedroht sie als Ordnungrahmen permanent. Aus dieser ambivalenten Position können verschiedene Spezifika des Umgangs mit dem Fremden erklärt werden. Ich will hier nur auf zwei Momente eingehen: a) auf die Undifferenziertheit im Umgang mit ihm und b) auf den verbreiteten Zweifel an seiner Loyalität gegenüber der neuen Lebenswelt.

Die Vorstellung, AusländerInnen seien nur temporär anwesende Arbeitskräfte, ist nicht mehr vertretbar.

a) Die grundsätzliche Ambivalenz des Fremden erschwert die Differenzierung der Fremden. Obwohl das Ausländerrecht verschiedenste (insgesamt neun) Kategorien von AusländerInnen bereithält, ist immer wieder zu beobachten, dass alle AusländerInnen über einen Leisten geschlagen werden: AusländerIn ist AusländerIn. So wurde etwa gegen die Initiative im Kanton Zürich undifferenziert und verallgemeinernd auf die Kriminalität von AusländerInnen verwiesen. Dies zeigt, dass eine Verschärfung des Asylrechtes, wie sie heute erneut ansteht, letztlich auch die niedergelassenen AusländerInnen treffen wird, denn die Differenz zwischen Asylbewerber und Niedergelassenen verschwindet in politischen Debatten über Fremde leider sehr rasch.

b) Schwerwiegender noch als die mangelnde Differenziertheit ist jedoch der weitverbreitete Zweifel an der Loyalität der Fremden, der, so scheint mir, jene am Anfang konstatierte diffuse Angst auch der Linken erklären kann. Neben der Unsicherheit, die die Unterdeterminiertheit des Fremden erzeugt, ist es vor allem die Möglichkeit des Zurückkehrens, des Fortgehens des Fremden, die an seiner Loyalität zweifeln lässt. Der Fremde ist der „potentiell Wandernde" (Simmel), jener, der die Freiheit hat, sein Hiersein zu beenden und in sein Ursprungsland zurückzukehren. Aufgrund dieser Möglichkeit wird bezweifelt, dass er – selbst wenn er den grössten Teil seines Lebens hier verbracht hat – verantwortungsvoll gegenüber seiner neuen Lebenswelt sein kann. Politische Rechte werden den Fremden deshalb grundsätzlich verweigert.

Akkulturation statt Assimilation

Die Moderne hat grundsätzlich zwei Strategien gegen die problematische Ambivalenz des Fremden entwickelt: Assimilation oder Ausgrenzung mit geordneter späterer Rückkehr. Von der zweiten Strategie, die vor allem in den 60er Jahren mit der Ideologie der Rotation einen Höhepunkt erreichte, zeugt in der Schweiz noch heute das Saisonnierstatut. Die Vorstellung, AusländerInnen seien nur temporär anwesende Arbeitskräfte, ist jedoch angesichts der Zunahme der langansässigen AusländerInnen zwischen 1960 und 1985 von 14,2 Prozent auf 56,1 Prozent nicht mehr vertretbar. Als zweite Strategie bietet die Moderne die Assimilation, d.h. die Anverwandlung des Fremden zum Eigenen. Die AusländerInnen sollen sich mit der Assimiliation auch für das Hierbleiben entscheiden und sich ihrer Freiheit, weggehen zu können, entledigen. Sie sollen ihre ambivalente Position aufgeben und sich als Freunde und damit als loyale und vollwertige Mitglieder unserer "Schicksalsgemeinschaft" zu erkennen geben.

Die Assimilation stösst, wie die extrem niedere Einbürgerungsrate (1 bis 2 Prozent pro Jahr) belegt, in der Schweiz auf wenig Anklang. Grund für die schlechte Akzeptanz ist – neben den grundsätzlichen Schwierigkeiten, für die Baumans Ambivalenztheorie einen Erklärungsansatz bietet[8] – ihre asymmetrische Struktur. Die sich assimilierenden AusländerInnen werden gezwungen, sich vollumfänglich der neuen Lebenswelt anzupassen und ihre Herkunftsidentität aufzugeben. Ja noch mehr, es wird von ihnen erwartet, das Ideal des „Schweizerseins" zu erfüllen und schweizerischer als die Schweizer zu sein. Das Versagen der Assimilationspolitik hat zur faktischen Situation einer multiethni-

[8] vgl. hierzu die eindrücklichen Analysen von Baumann, a.a.O., S. 133 ff.

Bild: Iris Krebs

Fussball-Club Bethlehem; hintere Reihe: Bao (Vietnam), Tuncay (Türkei), Bojan (Jugoslawien), Phu (Vietnam), Stefan (Schweiz), Lulzim (Kosovo Albanien), Hakan (Türkei); vordere Reihe: Gökce (Türkei), Marco (Italien), Khaihung (Vietnam), Didier (Frankreich), Cengiz (Türkei), Ayhan (Türkei), Tarkan (Türkei).

schen und multikulturellen Gesellschaft geführt. Statt nun die Tendenz der Formierung von nicht integrierten Minderheiten zu kritisieren, wird seit den 80er Jahren auch von postmodernen Linken dieses Phänomen begrüsst. Die „multikulturelle Gesellschaft" wird geradezu als Lösung des Problems des Fremden gefeiert. Dabei werden unter dem Schlagwort der kulturellen Toleranz die politischen und sozialen Ungerechtigkeiten dieser Gesellschaft ausgeblendet. Zu kurz kommt auch eine Analyse der Kultursegregation und -hierarchisierung, die bewirken, dass die Fremden auch in der multikulturellen Gesellschaft im sozialen Unten verbleiben.

Alternativ zur Assimilation und zur unkritischen Beschwörung des sozialtechnisch unbrauchbaren Konzepts der „multikulturellen Gesellschaft" bietet sich das Modell der Akkulturation an. Dabei handelt es sich im Gegensatz zur Assimilation um einen wechselseitigen Prozess, in dem Fremde und Einheimische zusammen eine „neue" Identität und Lebenswelt schaffen. Grundvoraussetzung der Akkulturation ist die politische Partizipation der Fremden, denn nur so können diese in einen auch politisch wirksamen Dialog mit den Einheimischen treten. So entsteht eine integrierende Kraft, die den zentrifugalen Kräften der offenen, multikulturellen Gesellschaft entgegenwirken kann. Nur durch den politischen Einbezug auch der kulturellen und ethnischen Minderheiten können die fundamentalen Wertekonflikte, die sich aller Voraussicht nach noch verschärfen werden, in politisch geordnete Bahnen kanalisiert werden. Nur so können neue, gemeinsame Spielregeln für die offene Gesellschaft entwickelt und der soziale Frieden weiterhin gewährleistet werden.

Peter A. Schmid, 32, hat Philosophie und Staatsrecht studiert und ist Assistent am Philosophischen Seminar der Universität Zürich. Er ist Vorstandsmitglied der SP Zürich im Kreis 4 und amtete als Sekretär der Initiative für das AusländerInnen-Stimmrecht im Kanton Zürich.